

Krieg gegen Terror – Krieg gegen Dissens

Von Abgründen und zivilem Widerstand in Pakistan

Salman Hussain

Das Verschwinden von Menschenrechtler(inn)en und politischen Aktivist(inn)en ist ein Indikator für das allumfassende Überwachungs- und Strafreime im heutigen Pakistan. Frühere Militärregime waren berüchtigt dafür, dass sie Meinungsverschiedenheiten nicht tolerierten. Unter demokratischer Herrschaft scheint das erzwungene Verschwindenlassen jedoch in eine organisierte Form übergegangen zu sein. Was als militärische Taktik zur Bekämpfung militanter Gruppen im Nordwesten Pakistans begann, ist allmählich zu einem Instrument geworden, um politische Meinungsverschiedenheiten und öffentlichen Dissens einzudämmen. Der Autor beschreibt diese Entwicklung.

Das gewaltsame Verschwinden von Personen bleibt eine der am wenigsten diskutierten Folgen des von den USA geführten „Kriegs gegen den Terror“ und der Aufstandsbekämpfung durch pakistanische Militär- und Nachrichtendienste. Laut den Organisationen *Defense of Human Rights Pakistan* (DHRP) und der Menschenrechtskommission *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) sind derzeit über 4000 Pakistani als „vermisst“ gemeldet.¹ Journalist(inn)en und Aktivist(inn)en, die es gewagt haben, über dieses Verschwinden zu berichten oder öffentlich zu sprechen, werden bedroht und eingeschüchert, einige geschlagen oder selbst zum Verschwinden gebracht. Eines der Opfer war Raza Khan, seit dem 2. Dezember 2017 „vermisst“, und zuletzt bei einer öffentlichen Diskussion über Blasphemie gesehen.² Der Protest gegen Raza Khan in Form eines Sit-in der religiösen Partei endete erst, nachdem die pakistanische Armee zwischen Zivilregierung und Demonstranten vermittelt hatte. Die Rolle der Armee bei der Beschwichtigung islamischer Gruppen wird von Menschenrechts- und Social-Media-Aktivist(inn)en offen kritisiert.³

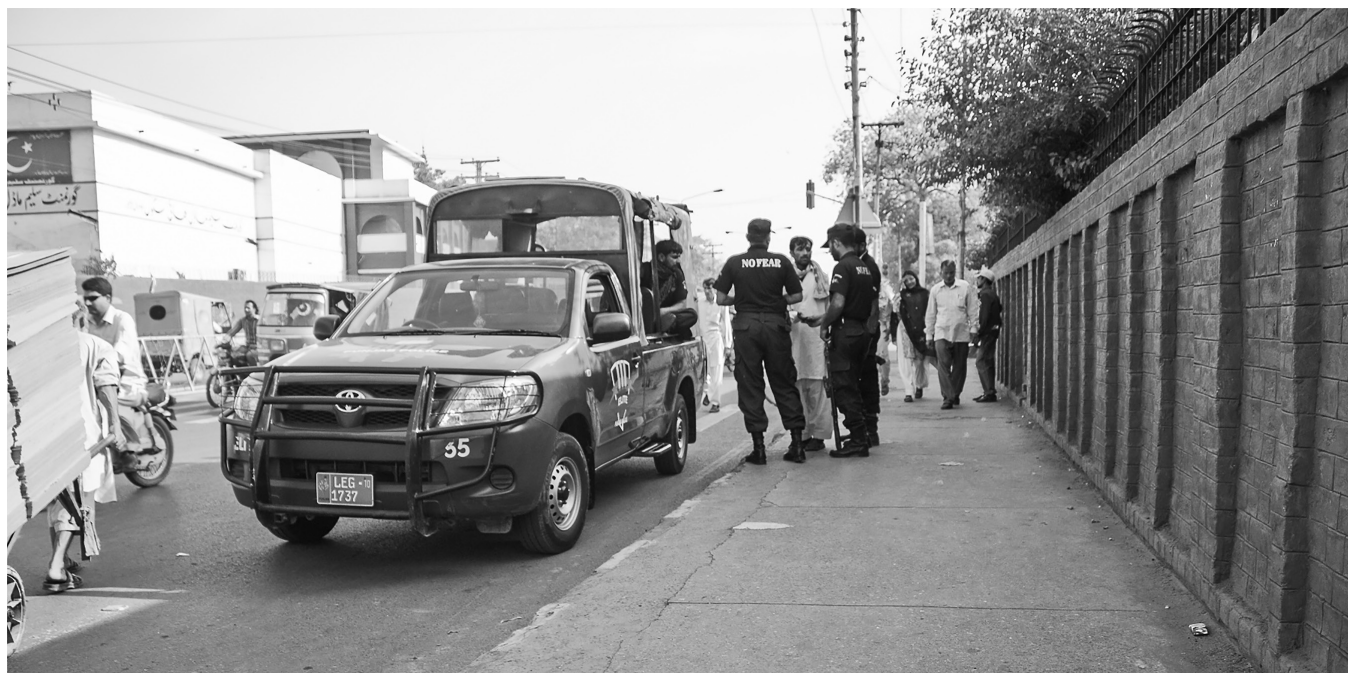
Pakistans Geschichte des Verschwindenlassens

Das Verschwinden und das Foltern politischer Aktivist(inn)en ist in Pakistan kein neues Phänomen. Während der Militärregierung von General Zia-ul-Haq (1977-88) wurden zahlreiche Kommunisten, Nationalisten und Aktivisten der Pakistanischen Volkspartei von Zulfikar Ali Bhutto inhaftiert, gefoltert und getötet.⁴ Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 (9/11) nahm das Phänomen des gewaltsamen Verschwindenlassens wieder vermehrt zu. Die USA hatten nachdrücklich die Festnahme und Auslieferung von „Terrorverdächtigen“ gefordert.⁵ Mit der militärischen Intervention der USA in der Region entstand ein neuer geostrategischer Kontext. Pakistani und Muslime aus Zentral- und Westasien, die in der Zeit des Kalten Krieges von der CIA und den pakistanischen Militär- und Geheimdiensten mit großzügiger Unterstützung der USA und Saudi-Arabien ausgebildet worden waren, sahen sich nun als Feinde der Nation und der „freien Welt“ verfolgt.⁶

Die USA boten dabei wirtschaftliche Hilfen an und verliehen den Geheimdienstoperationen gegen die mili-

tanten Netzwerke des afghanischen „Dschihad“ und der Taliban, die in den 1990er Jahren bestanden hatten, eine gewisse Dringlichkeit. In seiner Autobiografie *„In the Line of Fire“* rühmt Pakistans ehemaliger Präsident, General Pervez Musharraf, seinen und den Beitrag seines Militärs zum „1199148263 War on Terror“ der USA. Seine Regierung habe 369 verdächtige Kämpfer an die USA übergeben und dabei Millionenbeträge verdient.⁷ Darunter befanden sich Personen, die in den 1990er Jahren mit den afghanischen Taliban gegen die Invasion der damaligen Sowjetunion gekämpft hatten und nach der US-Invasion im Oktober 2001 aus Afghanistan zurückgekehrt waren.⁸ Die früheren Netzwerke wurden nun genutzt, um diese Helden der Vergangenheit, ihre Freunde und Mitarbeiter zu fangen.

Die militärischen Operationen gegen die pakistanischen Taliban intensivierten sich, und die Militanten begannen ihrerseits, Sicherheitskräfte und zivile Gebiete zu attackieren. Prompt dehnten sich die Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung auf die städtischen Gebiete aus, um den Nexus zwischen Terroristen in abgelegenen Gebieten und ihren Vermittlern in städtischen Zentren zu



trennen und ihre Versorgungs- und Rekrutierungskanäle anzugreifen.⁹ Unter dem öffentlichen Druck, auf die Angriffe zu reagieren und sie zu beenden, griffen Militär- und Geheimdienste Hunderte von ihnen auf und ließen sie ohne Anklage verschwinden. Nach der US-Invasion in Afghanistan verbrachten Länder wie Pakistan und Ägypten verdächtige islamische Militante in die berüchtigten Folterorte *Bagram Air Base* in Afghanistan und *Guantanamo Bay* auf Kuba. Den als „feindliche Kämpfer“ bezeichneten Häftlingen wurden die Grundrechte als Kriegsgefangene verweigert und sie jahrelang ohne Anklage festgehalten.¹⁰

Selbst offene Verletzungen der Menschenrechte an verdächtigen Kämpfern und Separatisten wurden konsequent ignoriert. Dies befeuerte die Praxis des Verschwindenlassens von angeblichen „Terroristen“, die nun auf alle ausgeweitet wurde, die es wagten, die Geheimdienste Pakistans, die Sicherheits- und Außenpolitik des Militärs oder deren Narrative über Militanz und Separatismus im Land herauszufordern. Stillschweigend wurde diese Praxis als notwendige Maßnahme gegen die Taliban und andere militante Gruppen im Nordwesten des Landes hingenommen. Schon bald wurden il-

legale Entführung, Inhaftierung, Folter und Ermordung zu einer tolerierten Militär- und Geheimdienststrategie, um den politischen Dissens in Pakistan einzudämmen. Diese Praktiken haben die Verselbstständigung des Militärs und der Geheimdienste gegenüber den rechtlichen und politischen Institutionen des Staates gestärkt. Straffreiheit, uneingeschränkte Überwachung und Inhaftierung haben den Militärs und Geheimdiensten eine große Reichweite innerhalb der pakistanischen Gesellschaft verschafft.

Militär- und Nachrichtendienste leugnen die Entführung und Inhaftierung vermisster Personen, während deren Familien und Menschenrechtsaktivist(inn)en viele Verschwundene in Internierungslagern des Militärs und paramilitärischer Kräfte zurückverfolgen konnten. Zwei verschwundene und wieder aufgetauchte Menschenrechtsaktivisten, Waqass Goraya und Asim Saeed, behaupten, dass sie an geheimen Orten festgehalten und gefoltert wurden.¹¹ Um solche Nachforschungen zu vermeiden, werden die Gefangenen zwischen Internierungslagern und geheimen Häusern hin- und hergeschoben. Nur eine Handvoll verdächtiger Militanter wurden vor Militärgerichten angeklagt.¹²

Fragen stellen. Lahore, Pakistan

Bild: Luke X. Martin, flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Der aktuelle Kontext

Das Ausmaß und die Straffreiheit, mit der die Militär- und Geheimdienste solche Operationen im gegenwärtigen Kontext durchführen, sind alarmierend. Ende 2016 wurden die pakistanischen Menschenrechtsaktivist(inn)en zum offensichtlichen Ziel des gewaltsamen Verschwindenlassens. Einige hatten bereits die gewalttätigen Reaktionen der pakistanischen Militär- und Nachrichtendienste auf die Kritik an laufenden Operationen gegen separatistische und nationalistische Bewegungen in den Provinzen Sindh und Belutschistan erlebt.¹³

Ein Menetekel war die Ermordung von Sabeen Mahmud in Karatschi im April 2015 wegen seiner kritischen Haltung zu Fragen der nationalen Sicherheit, der separatistischen Bewegung in Belutschistan (siehe Artikel im Heft) und den entsprechenden Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte in der Region.¹⁴ Die nacheinander folgenden Entführungen fortschrittlicher, säkularer und liberaler Aktivist(inn)en und Kritiker machten diese nervös, zumal gleichzeitig der Vorwurf der Blasphe-

mie gegen sie erhoben wurde. Bis dahin hatten überwiegend die als „islamische Kämpfer“ Verdächtigen und ihre Sympathisant(inn)en diese Form der staatlichen Gewalt erlebt.¹⁵

Die Organisation DHRP berichtet, dass sie bis März 2018 etwa 2525 Fälle von vermissten Personen registriert hatte. Allerdings dürfte die Zahl höher sein. Familienmitglieder werden von Sicherheitsbehörden oft eingeschüchtert und verzichten auf eine Anzeige. Darüber hinaus ist in den Provinzen Sindh und Belutschistan aufgrund der verdeckten Operationen des Militärs und der Selbstzensur der Medien wenig Faktenmaterial in Bezug auf Machtmissbrauch staatlicher Stellen zugänglich. Aktivist(inn)en in Belutschistan behaupten, dass seit 2005, dem separatistischen Aufstand in der Provinz, Tausende von Nationalisten und Sympathisanten entführt wurden.¹⁶ Die Regierung streitet dies ab.¹⁷

Berichte über das Verschwinden von Menschen fallen am häufigsten in Gebieten an, in denen das Militär gegen Militante operiert. Allerdings holen Geheimdienste inzwischen Männer aus ihren Häusern, Geschäften, Büros oder öffentlichen Orten eben auch in Großstädten ab.¹⁸ Im August 2017 wurden drei Sindh-Aktivistinnen und der Leiter der *Voice for Missing Persons of Sindh* (VMPS) als verschwunden gemeldet. Laut Augenzeugen hatten ein Dutzend Männer in Polizeiuniformen den Leiter von VMPS, Punhal Sario, aufgegriffen. Die Aktivistinnen wurden zwei Tage später ohne Anklage freigelassen. Die Familien der vermissten Männer waren laut Tageszeitung *Dawn* gezwungen worden, vor der Freilassung Verpflichtungen zu unterzeichnen, deren genauer Inhalt nicht bekannt wurde.¹⁹ Die Polizei behauptete, die Männer seien wegen „falscher Informationen“ verschwunden und wegen des öffentlichen Drucks durch Zivilgesellschaft und Medienberichterstattung entlassen worden.²⁰

Widerstand gegen staatliche Apathie

Amina Masood Janjua gründete die DHRP, nachdem ihr Mann Masood am 30. Juli 2005 auf dem Weg von Rawalpindi nach Peshawar verschwunden war.²¹ Er wurde angeblich von Männern in Zivil festgehalten, ein Euphemismus für das Personal der Nachrichtendienste, nicht weit von Masoods Haus entfernt. Zeugen sehen oft, dass Menschen von Sicherheits- und Geheimdienstpersonal abgeholt werden, aber sie haben zu viel Angst, um dies vor Gericht oder bei der Polizei auszusagen. Nach einem Jahr vergeblicher Petitionen errichtete Amina Masood Janjua ein Protestlager vor dem Obersten Gerichtshof. Andere Familienmitglieder vermisster Personen schlossen sich ihr an. Wochen später wurde ihre Petition vom Obersten Gerichtshof angenommen. Bald darauf gründete sie die DHRP, um die Familien vermisster Personen zu unterstützen, deren Zahl immer weiter steigt.

Amina Masood Janjua ist überzeugt, dass sich ihr Mann immer noch in militärischer Haft befindet. Ein ehemaliger Häftling hatte sie vor zwei Jahren kontaktiert und behauptet, Masood in der Obhut des Militärs gesehen zu haben.²² Dieser Zeuge wurde kurz nach seiner Freilassung durch eine internationale humanitäre Organisation aus dem Land geflogen und muss sich wegen der anhaltenden Bedrohung seines Lebens in einem ostasiatischen Land verstecken. Die staatliche Kommission zur Untersuchung solcher Fälle (*Commission of Investigation on Enforced Disappearances*-COIED) behauptet hingegen, dass Masoods Fall überhaupt kein erzwungenes Verschwinden ist, ohne dies weiter zu begründen.

Protest gegen außergerichtliche Verhaftungen und Misshandlungen hat sich auch an der Basis herausgebildet, etwa in Form der *Paschtunen-Ta-*

hafuz-Bewegung (PTM).²³ Sie will Personen auffinden, die während der Aufstandsbekämpfung des Militärs in Khyber Pakhtunkhwa (KPK) und den Stammesgebieten (FATA) verschwunden sind. Sie fordern die staatliche Rechenschaftspflicht für diejenigen ein, die als „Terroristen“ denunziert und bei zweifelhaften Operationen im Land getötet wurden.²⁴

Infolge der Tätigkeiten der DHRP zusammen mit anderen Aktivist(inn)en und Organisationen hat die Regierung 2011 im Rahmen des *Pakistan Commissions of Inquiry Act, 1956* die COIED gegründet.²⁵ Sie wird von einem Richter des Obersten Gerichtshofs im Ruhestand geleitet und unter der Leitung des Obersten Gerichtshofs beauftragt, das Verschwinden von Personen zu untersuchen und die vermissten Personen zu finden. Über 3446 Fälle von erzwungenem Verschwinden wurden bisher bei der COIED registriert. Die Kommission führt zwar an, 296 verschwundene Personen in Internierungszentren des Militärs aufgefunden zu haben. Doch Kritiker bestreiten, dass es der Kommission gelungen sei, das Militär zur Zusammenarbeit oder zur Verantwortung für diese Praktiken zu zwingen.²⁶

Pakistans höhere Justizeinrichtungen, schon früh während der Amtszeit des Obersten Richters Iftikhar Muhammad Chaudhry (2005 bis 2007 und 2009 bis 2013), versuchten, solche Praktiken einzuschränken und interessierten sich ernsthaft für die Fälle von gewaltsamem Verschwinden. Die Interventionen des Obersten Gerichtshofs in solche Fälle erwiesen sich als eine der größten Provokationen für General Musharraf, der unter anderem darauf mit der Verhängung des Notstands und der Suspendierung von Chaudhry im März und erneut im November 2007 reagierte. Chaudhry setzte seine Untersuchungen im März 2009 zwar fort, das Militär widersetzte sich jedoch den Vorgaben des Obersten Ge-

richtshofs, die Nachrichten- und Sicherheitsdienste zur Verantwortung zu ziehen. Im Gegenteil, ein weiterer Richter des Obersten Gerichtshofs, Jawwad S Khawaja, wurde öffentlich verleumdet.²⁷ Nach Chaudhrys Pension begann der Oberste Gerichtshof, Verfahren in diesen Fällen aufzuschieben.²⁸

Resümee

Der von den USA geführte „War on Terror“ legitimierte Praktiken wie gezielte Morde durch Drohnenangriffe, Folter und das Verschwindenlassen von „Terror“-Verdächtigen. Alle diese Praktiken verstoßen gegen Völkerrecht und Menschenrechte und wurden dennoch im Namen der Bekämpfung des Terrorismus verteidigt. Inzwischen werden diese Methoden zumindest auf höchster Ebene der militärischen und zivilen Führung des Landes stillschweigend toleriert und sind gängige Praxis geworden, um politischen Dissens zu unterdrücken und zivilgesellschaftliches Engagement unter staatlicher Kuratel zu halten.

*Aus dem Englischen übersetzt
und bearbeitet von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Salman Hussain war Gastwissenschaftler am Max Planck Institut für soziale Anthropologie in Halle und lehrt jetzt an der *University of Massachusetts* (Amherst)

im *Legal Studies Program*. Er beschäftigt sich unter anderem mit Fragen der Verteidigung von Menschenrechten und Protestbewegungen in Südasien. Seine Arbeiten sind zugänglich etwa in der *Political and Legal Anthropology Review* oder *Anthropologica*.

Texthinweis

Der Artikel im englischen Original mit dem Titel *War on Terror to War on Dissent* erschien im April 2018 im *Journal EPW*, Vol.53, Ausgabe 17.

Endnoten

¹ HRCP: *State of Human Rights in 2017*, Human Rights Commission of Pakistan, Government of Pakistan, Lahore 2017.

² Eleazar, Sarah: *Activists, Family Seek Raza Khan's Release*, in: *Dawn*, 9. Dezember 2017; Sarwar, Beena: *In Pakistan, Promoting Peace with India Can Be Bad for Your Health—and Freedom*, in: *Washington Post*, 22. Dezember 2017.

³ Gul, Ayaz: *Pakistan Criticized for 'Surrendering' to Protesting Islamist Group*, in: *VOA News*, 27. November 2017.

⁴ Naqvi, Jamaluddin und Humiera Ishtiaq: *Leaving the Left Behind*, Pakistan Study Center, Karachi 2014.

⁵ Rashid, Ahmed: *Descent into Chaos: The US and the Disaster in Pakistan, Afghanistan, and Central Asia*, Penguin Books, New York 2009.

⁶ Hussain, Salman: *Looking for 'Tribals' without Politics, 'Warlords' without History: The Drug Economy, Development and Political Power in Afghanistan*, in: *Identities: Global Studies in Culture and Power*, Vol.19, Nr.3, 2012, S. 249–67.

⁷ Musharraf, Pervez: *In the Line of Fire: A Memoir*, Simon and Schuster, London 2008.

⁸ Interviews mit Anwälten vermisster Personen und Aktivist(inn)en.

⁹ Khan, Bilal: *New Pakistan Army Chief Upholds Commitment to Coin*, in: *Quwa Defense News & Analysis Group*, 12. Dezember 2016.

¹⁰ Hafetz, Michael: *Habeas Corpus after 9/11: Confronting America's New Global Detention System*, New York University Press 2011; Finkelstein, Claire, Jens David Olin und Andrew Altman (Hg.): *Targeted Killings: Law and Morality in an Asymmetrical World*, Oxford University Press 2012.

¹¹ BBC: *Pakistan Activist Waqass Goraya: The State Tortured Me*, 9. März 2017.

¹² Asad, Malik: *Military Courts Convicted Five Missing Persons*, in: *Dawn*, 8. Januar 2017.

¹³ Hashim, Asad: *Missing Activist Salman Haider Reunited with Family*, in: *Al Jazeera*, 28. Januar 2017.

¹⁴ *Dawn*: *After Sabeen Mahmud's Murder, Progressives See Dark Future*, 27. April 2015.

¹⁵ Sayeed, Saad: *Missing Pakistani Activists' Families Decry Blasphemy Allegations*, in: *Reuters*, 18. Januar 2017.

¹⁶ *Balochwana News*: *A Brief Report by Voice for Baloch Missing Persons (VBMP) about Human Rights Violations in Balochistan*, 30. Mai 2016.

¹⁷ Hashim, Asad: *Families of Missing Baluch March for Justice*, in: *Al Jazeera*, 28. Februar 2014.

¹⁸ Interviews mit Familienmitgliedern vermisster Personen; siehe auch Shah, Saeed: *Pakistan's Spy Agency ISI Faces Court over Disappearances*, in: *The Guardian*, 9. Februar 2012.

¹⁹ Samoon, Hanif: *Sindh Abductions: Three More Activists Go Missing from Thar*, in: *Dawn*, 8. August 2017.

²⁰ Samoon, Hanif: *Abducted Activists Released, Return to Their Homes in Tharparakar*, in: *Dawn*, 9. August 2017.

²¹ Mekhennet, Souad: *Pakistan Counts Its Disappeared*, in: *New York Times*, 17. Januar 2012.

²² Dto.

²³ *Dawn*: *Gen Bajwa Says Nation 'Should Not Forget' Military's Sacrifices in Fata*, 12. April 2018.

²⁴ Hayat, Asif: *'We Are Against the Oppressors': PTM Leader Manzoor Pashteen Tells Thousands at Peshawar Rally*, in: *Dawn*, 8. April 2018.

²⁵ Ghumman, Mushtaq: *Enforced Disappearances: Inquiry Commission to Get Three-year Extension*, in: *Business Recorder*, 7. September 2017.

²⁶ Rehman, I.A.: *A Misery Called Disappearance*, in: *Dawn*, 16. März 2017; Omer, Reema: *Ineffective Commissions*, in: *Dawn*, 3. Oktober 2017; COIED: *Missing Persons List*, Commission of Inquiry on Enforced Disappearances, o.J.

²⁷ *Mohabat Shah Son of Kabul Shah for Recovery of Yaseen Shah*, Human Rights Case No 29388-K of 2013, Application in the Supreme Court of Pakistan, 2013.

²⁸ Iqbal, Nasir: *Man behind Defamatory Banners Had Links with ISI, Court Told*, in: *Dawn*, 20. März 2015; Hassan, Syed Raza: *Pakistan's Supreme Court Forces Military to Produce Prisoners*, in: *Reuters*, 7. Dezember 2013.